

Pozener Zeitung.

Siebzehnter Jahrgang.

Annoncen-
Annahme-Bureau:
In Posen
außer in der Exposition
bei Kupski (G. H. Ulrich & Co.)
Kreisstraße 14;
in Gnesen
bei Herrn Th. Spindler,
Markt u. Friedr. Straße 4;
in Grätz bei Herrn L. Streissand;
in Frankfurt a. M.;
G. L. Dabke & Co.

Mr. 79.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme des Sonntags täglich erscheinende Blatt beträgt vierzig Groschen 1 Thlr. 24½ Sgr. — Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- u. Auslandes an.

Amstisches.

Berlin, 15. Februar. Der König hat den Inspektor und ersten Lehrer an der Waisen- und Schule-Akademie zu Breslau, Spohrmann, zum Seminar-Direktor an ev. Seminar zu Krakau ernannt; die Wahl des Landesältesten Dittrich auf Czernowitz, im Kreise Kosel, zum Direktor der Oberschlesischen Fürstentums-Landschaft bestätigt.

An den evangelischen Bildungs- und Erziehungs-Anstalten zu Droyßig ist die Lehrerin Johanna Schmidt definitiv angestellt worden.

Telegraphische Nachrichten.

Wien, 15. Februar. In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses ergreift nach Einbringung mehrerer Eisenbahnvorlagen der Ministerpräsident Fürst Auersperg das Wort, um folgende Erklärungen abzugeben:

Gemäß der in der kaiserlichen Thronrede gemachten Zusage sei das Ministerium heute in der Lage, dem Hause die Vorlagen wegen Reform der Wahlgesetze zur Beschlussfassung vorzulegen; dieselben seien auf das Eingehendste berathen, mit der gewissenhaftesten Sorgfalt geprüft und spreche er die zuversichtliche Hoffnung aus, daß damit die Grundlage für eine ruhige und sichere Entwicklung des Verfassungsbildens gewonnen werde, welche dem Vaterlande zum Segen gereiche. Nach dieser wiederholten von lebhaften Beifällen unterbrochenen Ansprache legt der Ministerpräsident die Gelegenheitsworte über Einführung der direkten Reichsraths-Wahlen und Vermehrung der Abgeordnetenzahl zum Zwecke der verfassungsmäßigen Behandlung auf den Tisch des Hauses nieder. Von dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses werden die Vorlagen alsbald dem Verfassungsausschuß überwiesen.

Darnach sind die Paragraphen 6, 7 und 18. des Grundgesetzes über die Reichsvertretung vom 21. Dezember 1867 dahin abgeändert, daß künftig die Gesamtzahl der Abgeordneten 351 betragen soll, welche sich auf die einzelnen Königreiche und Länder folgendermaßen verteilen: Böhmen 91, Dalmatien 9, Galizien 63, Niederösterreich 36, Oberösterreich 17, Salzburg 5, Steiermark 23, Kärnten 9, Krain 10, Bucowina 9, Mähren 36, Schlesien 10, Tirol 18, Vorarlberg 3, Istrien 4, Görz 4, Triest 4. Die bisherigen 4 Wählerklassen bleiben auch ferner bestehen. Die Wahl der Abgeordneten erfolgt in den Landgemeinden durch Wahlmänner, in den übrigen Wählerklassen unmittelbar seitens der Wahlberechtigten. Die Abstimmung ist in der Regel eine schriftliche und geheime, ausnahmsweise ist in den Landgemeinden auch mündlicher Abstimmung zulässig. Wahlberechtigt ist jeder 24jährige selbständige österreichische Staatsbürger, welcher den sonstigen durch die Reichsraths-Wahlordnung festgestellten Erfordernissen entspricht. Wählerbar sind in jedem Lande die männlichen Staatsbürger, welche das österreichische Staatsbürgerrecht mindestens ein Jahr besitzen, 30 Jahre alt und in einem der obigen Länder wahlberechtigt oder in den Landtag wählbar sind. Die Dauer des Mandats ist sechsjährig; die auf jedes Land entfallende Zahl von Abgeordneten für die Reichsratsdelegation wird durch die aus dem betreffenden Lande unmittelbar entsendeten Reichsratsabgeordneten gewählt.

Uebereinstimmend wird von hiesigen inspirirten Korrespondenten gemeldet, daß die Anerkennung der spanischen Republik seitens des hiesigen Kabinetts keinem Zweifel unterliege.

Basel, 15. Febr. Wie die "Baseler Nachrichten" mittheilen, hat die Diözesskonferenz zu Solothurn heute den Besluß gefasst, da das Domkapitel die Wahl des Bischofsverwesers ablehnt, nunmehr diese Wahl selbst zu vollziehen. Der Vorort Solothurn wird um den Vorschlag einer geeigneten Persönlichkeit und um baldige Wiedereinberufung der Konferenz ersucht. Die Konferenz erkennt den Standpunkt des Domkapitels als einen berechtigten nicht an und erklärt, daß eine fortgeztegten Renitenz den Fortbestand des Domkapitels in Frage stellen könnte. Die definitive Entscheidung wird bis nach Eingang des Wahlschlags ausgeschoben. Bezüglich des Rekurses des Bischofs an den Bundesrat soll eine Replik eingereicht werden. Die Grundlage zu einem neuen Bischumsvertrag wurde vorgelegt und in den Grundzügen durchberathen.

Paris, "Semaine financière" meldet, daß die deutsche Regierung sich den Bestrebungen des französischen Gouvernements betreffs Abtragung der letzten Milliarde sehr entgegenkommend zeigte.

(Priv.-Dep. d. Pos. Sig.)

Madrid, den 14. Februar. Die letzten Telegramme lauten:

Der Minister des Auswärtigen, Castellar, hat eine ihm zugegangene Glückwunschaufschrift der südamerikanischen Kolonie in Paris mit einer Dankzettel beantwortet, in welcher er hervorhebt, daß Südamerika jetzt, wo Kuba republikanisches Gebiet sei, keinen Grund mehr habe, den Regierungsgegnern auf Kuba Vorschub zu leisten. Von der Regierung werden, wie man hört, Deputierte aus Kuba erwartet, mit welchen über die auf den Antillen einzuführenden Reformen verhandelt werden soll. — Der nordamerikanische Gesandte, General Sicles, hat in dem der Regierung überseideten Glückwunschaufschriften die nordamerikanische Union und Spanien als Schwesternrepubliken gesiezt. — Von der Regierung werden Gesetzvorlagen über Trennung der Kirche vom Staat und betreffs der Unabschaffbarkeit der Staatsbeamten angekündigt. Auch die Aufhebung der Ministerien für öffentliche Arbeiten, Justiz und Kolonien ist von der Regierung ins Auge gefaßt; ebenso sollen die Pensionen für solche Beamte, welche vor Ablauf des 60. Lebensjahrs in Ruhestand getreten oder verfestigt worden sind, wegfallen. Dem General Parra ist ein höheres wichtiges Truppenkommando, jedoch nicht dassjenige für die Operationstruppen in Katalonië, zugedacht. — Die Fortschreibung der militärischen Operationen in Biscaya und Navarra wird, dem offiziellen Journal zufolge, durch den eingetretenen starken Schneefall einstweilen gehindert. Dasselbe Blatt enthält ein Dekret, welches die königl. Leibgarde abschafft. Zahlreiche Glückwünsche aus den Provinzen sind der neuen Regierung zugegangen. Die progressistische Partei hat sich in ihrer heutigen Versammlung den Namen der "radikal republikanischen" beigelegt. Der Justizminister wird heute einen Gesetzentwurf über Abhängigkeit der Todesstrafe einbringen und zugleich beantragen, eine Kommission zu ernennen, die in zwei Monaten den Entwurf eines neuen Strafrechts zu verfassen soll. Wie verlautet, soll der Staatsrat abgeschafft werden. Der Finanzminister Echegaray gab in der heutigen Sitzung der Nationalversammlung auf eine betreffende Anfrage des Deputierten Saroal die Erklärung ab, daß die den Staatsgläubigern gegenüber bestehenden kontraktlichen Verbindlichkeiten streng respektiert werden würden, es liege nur im Interesse der Republik, den öffentlichen Kredit des Landes aufrecht zu erhalten. — Bezüglich der Veränderungen im diplomatischen Corps wird versichert, daß voraussichtlich Drense für

Montag, 17. Februar
(Erscheint täglich zwei Mal.)

Inserate 2 Sgr. die schriftgefasste Zeile oder deren Raum, zweigeteilte Reklamen 5 Sgr. sind an die Expedition zu richten und werden für die an demselben Tage erscheinende Nummer nur 10 Sgr. Ihr Vorauslager angenommen.

Druckerei: Dr. Berlin, Hof 10.

Wien: Wunderlich, 10 Wunderlich.
Ludolph Kloss,
in Berlin Breite 10.
Frankfurt a. M.: Ludwig, Hanau.
Wien u. Basel:
Haasenstein & Vogler;
in Berlin:
J. Heinegger, Schilderplatz;
in Breslau: Emil Habath.

1873.

Paris, Aburzua für London, Fioli für Brüssel bestimmt seien. Es wird ein Dekret erwartet, welches die Adelstitel und Dekorationen für Zivilisten abschafft soll. Die in verschiedenen Provinzen gebildeten revolutionären Junten haben sich, den Befehlen des Gouvernements gehorcht, aufgelöst. — Der Bericht des Königs auf die Krone ist, wie der „Imparcial“ zu wissen glaubt, aus dem eigenen freien Entschluß des Königs hervorgegangen und gegen den ausdrücklichen Willen seines Vaters erfolgt. — Zum Generalkapitän von Madrid ist Novillas ernannt worden. — Aus Vittoria hat General Moriones telegraphisch angezeigt, daß er die Republik anerkenne. — Zwischen den Aubängen Montpensier's und den Alfonisten fand keine Fusion statt. — Martos wurde zum Präsidenten des Kongresses mit 222 Stimmen gewählt. Rivero erhielt nur 20 Stimmen. Madrid ist feindlich beleuchtet. In Avila, Soria und Cordova bildeten sich Ausschüsse der unverbündlichen Republikaner.

Rom, 14. Febr. Im Senate wurde heute auf den Antrag des Senators Pepoli folgende Tagesordnung angenommen: Der Senat, bewegt durch die Nachricht von der Thronentsagung des Königs Amadeus von Spanien, betrachtet sich als Dolmetscher der Gesinnungen der Nation, wenn er diesem Fürsten wegen seiner würdigen und wahrhaft konstitutionellen Haltung seine Bewunderung ausgedrückt und denselben versichert, daß er bei seiner Rückkehr in das Vaterland stets den Gefühlen der Liebe und Verehrung wiederum begegnen werde, die ihn überall hin begleiten werde.

London, 14. Febr. In der heutigen Unterhausitzung sagte der Viscount auf eine Anfrage Eastwick's: die Vorlegung der Dokumente, welche sich auf die mit dem Fürsten Goritschakoff über Herstellung einer s. g. Zwischenzone in Centralasien geführten Verhandlungen beziehen, zu, sobald dieselben gedruckt sein würden und bemerkte Dilke gegenüber, daß sich dabei auch die Berichte über die russischen Kolonien am Ufer des Terek befinden. — "Times" enthält Mittheilungen des in Buenos Ayres erscheinenden Journals "Standard" vom 10. Januar, nach denen in Peru eine Verschwörung gegen die dortige Regierung zum Ausbruch gelangt war; die Verschwörer hatten den Regierungspalast in die Luft gesprengt und war der Präsident Pardo dabei umgekommen. Die Hauptführer der Verschwörung sind entkommen, jedoch ist die Regierung durch die Aussagen anderer dabei befehliger Personen in den Besitz wichtiger Enthüllungen gelangt.

Copenhagen, 15. Febr. Die Maßregeln zur Abwehr der Viehpest sind Frankreich und Deutschland gegenüber heute aufgehoben; es ist jedoch eine dreiwöchentliche Sperre für lebendige wiederläufige Thiere, die von diesen Ländern eingeführt werden, angeordnet worden.

Konstantinopel, 14. Febr. Rustem Bey wurde zum Generalstatthalter des Libanons ernannt. Zugleich wurde demselben die Würde eines Beviers verliehen.

Athen, 15. Febr. Die Kammerwahlen sind in Ruhe und Ordnung beendet und größtentheils zu Gunsten der Regierung ausgefallen. Die Führer der Opposition Kumunduros, Trikupis, Delhanni und Nikolopoulos sind nicht gewählt worden.

Korfu, 15. Febr. Der Wahlkampf nahm einen blutigen Charakter an und gab zu bedauerlichen Ausschreitungen Anlaß. Mehrere Personen wurden getötet und verwundet.

Teheran, 14. Februar. Der Schah von Persien verwarf den Schiedsspruch des englischen Staatsmannes Goldsmith betreffs der Grenzregulirung mit Afshanistan als Persien benachteiligend.

Washington, 14. Febr. Dem Kongresse ist eine Botschaft des Präsidenten Grant zugegangen, in welcher die Annahme der Gesetzesvorlagen besonders empfohlen wird, durch welche Kompetenzkonflikte zwischen den Gerichtshäfen der Vereinigten Staaten und den Territorialgerichten im Territorium Utah künftig beseitigt werden sollen, damit namentlich die gesetzlichen Bestimmungen gegen die Polygamie und andere strafbare Vergehen künftig im vollen Umfange zur Anwendung gelangen können. Die seitherigen Kompetenzstreitigkeiten seien der Anwendung dieser Gesetze hinderlich, könnten leicht einen gewaltthätigen Charakter annehmen und zu einer militärischen Intervention führen, falls vom Kongresse nicht Abhilfe geschafft werde.

Brief- und Zeitungsberichte.

Berlin, 15. Februar. [Abgeordnetenhaus.] Am Ministerial-Graf-Roon, Izenplitz, Leonhardt. Tagesordnung: Lasker's Antrag auf Einsetzung einer Untersuchungskommission. Lasker motiviert den Antrag, erklärt die Genugtuung, daß die Botschaft Sr. Maj. des Königs die Tendenzen und Ziele des Hauses über die Hauptpunkte weile, er erkennt in der königlichen Botschaft einen Alt weiser Polit; jedoch seien in der Kommission bestimmte Garantien zu geben. Zur vollen Wirksamkeit gehörte, daß die Kommission nicht ein Kollegium sei, das durch Stimmenmehrheit über die Art und den Umfang der Untersuchungsgegenstände entscheide.

Es sei zu versprechen, daß jedem einzelnen Mitgliede das Fragerecht unmittelbar, nicht durch den Mund des Präsidenten zustehe, jedem Mitgliede die Forderung des Untersuchungsobjekts überlassen sei. Nicht um Materialbeschaffung, um Alarstellung dunkler Angelegenheiten durch Anschuldigung oder Reinigung handle es sich. Würden gewünschte Garantien gegeben, so wäre erreicht, was der Redner anstrebt, denn ja die Sache über die Form gehe. Das Material des Redners sei erheblich gewachsen. Redner erwähnt mehrerer Befürworter, deren Verfasser bereit seien, über das System Strousberg vor der Kommission Aussage zu machen. Redner produziert ferner einen Brief, worin Wagener die Konzessionsnachsuchung zugibt, ferner Revers von Aktienzeichnungen zur pommerischen Centralbahn, welche urkundlich Vorspiegelungen falscher Thatsachen gleichläßen.

Der Ministerpräsident erklärt: die Frage, ob die Regierung dem Lasker'schen Antrage zustimme, sei erledigt, jetzt sei die Frage, ob das Haus der Botschaft zustimme oder die Botschaft in Geltung bleiben solle, neben der parlamentarischen Untersuchungskommission;

in diesem Falle könnte die Regierung an derselben nicht partizipieren; über die Instruktion für die Kommission könne Kontroverse nicht entstehen. Die Mitwirkung jedes Kommissions-Mitgliedes müsse unbeschränkt sein, die Regierung könne Niemandem eine Priorität in dem Interesse zugestehen in der obhaupten Angelegenheit; die Regierung habe vorzugsweise ein Interesse daran, vorhandene Uebelstände aufzudecken u. abzustellen. Die Befürchtung einer Majorisierung der Landtagsmitglieder sei unbegründet, da die Regierung durch die Wahl ihrer Mitglieder Garantie dagegen geben wird. Der Regierungsbesluß über die Wahl der Mitglieder liegt noch nicht vor. Die Instruktion für die Kommission wird den Mitgliedern innerhalb der Kommissions-Zwecke die volle Freiheit gewähren, auf das weitere vorgebrachte Material des Botschafters ist für meinen Amtskreis das Nötige geschehen; das Weitere sei Sache der Kommission.

In vorliegendem Falle ist die Kaptivierung der Versammlung durch die Rede eines Mannes der von seiner Sache durchdrungen, ganz natürlich, ich appelliere aber an die Gerechtigkeit des Hauses. Man soll Niemanden ungehört verdammen, nicht aburtheilen, allein, nach nahezu überzeugendem Vortrag. Ich erbitte nur kein Urtheil bevor der Alten-Spruch reif ist. Deshalb wünsche ich möglichst zahlreiche Zustimmung zur Einsetzung der Kommission nach Maßgabe der königl. Botschaft.

Nach dem Ministerpräsidenten sprechen Wedell-Wehlingsdorf gegen Reichsberger-Koblenz für den Lasker'schen Antrag, der Handelsminister erklärt, er dankt dem König, der ihm gestattete die Botschaft gegenzuzeichnen und noch im Amt zu bleiben. Er wollte nicht seldflüchtig erscheinen und mit dem Bewußtsein die Pflicht wissenschaftlich nicht verletzt zu haben, einen treuen Unterbeamten nicht im Stich lassen, sich zurück ziehen im jetzigen Augenblick wäre unrhümlich. Nachdem der Ministerpräsident ferner dem Abg. Löwe gegenüber hervorgehoben, daß nach der Überzeugung der Regierung die Kommission so funktionieren solle, wie es nach der Natur und den Zwecken nothwendig, daß bei der Wahl der Instruktion die Kommissionsmitglieder die Erfüllung dieser Zwecke unterstützen solle, daß neben dem Vorsitzenden alle Kommissionsmitglieder bei Fragestellung und Inquirierung mitwirken sollen, erklärt Lasker, daß er in den Zusicherungen des Ministerpräsidenten die gewünschten Garantien erblicke, und seinen Antrag zurückziehe. In Gemäßheit der königlichen Botschaft wurde darauf fast einstimmig (dagegen nur Eberty und Kerst) die Wahl zweier Mitglieder des Hauses zur königlichen Kommission beschlossen. Das Haus tritt in die Petitionsberatung, die ohne Interesse, ein. Schluss 3 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag: Wahl zweier Mitglieder zur Untersuchungskommission.

△ Berlin, 16. Februar. Über die Besezung der vakanten Oberpräsidien ist noch immer keine definitive Entscheidung getroffen, doch wird demnächst dem Könige die Liste der gesammelten Neubesetzungen vorgelegt werden, über welche Se. Majestät, wie er gewünscht hat, im Zusammenhange bestimmen werden. Herr v. Horn, fehrt, wie man hört, firs Erste nach Königsberg zurück.

— Am Freitag wurde vor der siebten Kriminal-Deputation des Stadtgerichts der erste der Preßprozeß wegen Abdrucks der pädastischen Allokution und vor gegen den Redakteur der "Germania" Herrn Paul Mauke verhandelt. Das Urtheil des Gerichtshofes lautete nach dreiviertelstündiger Beratung dahin, daß der Angeklagte weder der Verbreitung wissenschaftlich falscher Thatsachen noch der Majestäts-Beleidigung schuldig, deshalb von der Anklagefreizusprechen und die Konfiskation der beschlagnahmten Zeitung-Nummern aufzuheben sei.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 17. Februar.

— Das sechste heute Abend stattfindende Gastspiel des Herrn Dr. Hugo Müller umfaßt Bauernfelds bekanntes Lustspiel „Die Bekenntnisse“ und den nicht minder bekannten, idem Französischen entlehnten Schwank „Er kompromittiert seine Frau“. Wir machen speziell auf diesen voraussichtlich sehr genussreichen Theaterabend aufmerksam.

Staats- und Volkswirthschaft.

Wien, 15. Februar. Die Einnahmen der österr.-franz. Staatsbahnen betragen in der Woche vom 5. bis 11. Februar 550,724 Fl., ergeben mitin gegen die entsprechende Woche des Vorjahres eine Mindevereinnahme von 100,408 Fl.

Verantwortlicher Redakteur Dr. jur. Wagner in Posen.

Neueste Depeschen.

Berlin, 17. Februar. Es ist als gewiß zu betrachten, daß Fürst Bismarck seitdem in der Budgetkommission erst die Anregung gegeben war, eine möglichst öffentliche und erschöpfende Untersuchung der Eisenbahnangelegenheiten aufs Entchiedenste befürwortet und in jeder weiteren Phase, welche die Sache zu durchlaufen hatte, mit seinem ganzen Ansehen auf Nachdrücklichste vertreten hat. Diesem aus guter Quelle kommenden Communiqué zuwiderlaufende Nachrichten haben dem Reichskanzler eine Handlungswaffe beigegeben, welche ebensoviel die seelige war, wie sie dem sittlichen Erste sachlich entsprochen haben würde. Diese Nachrichten sind völlig aus Lust geärgert.

Telegraphische Börsenberichte.

Köln, 15. Februar, Nachmittags 1 Uhr. Getreidemarkt. Weizen matt, hiesiger lolo 8, 0, fremder lolo 8, 7½, pr. März 8, 9½, pr. Mai 8, 7½, pr. Juli 8, 6½, pr. November 7, 2½. Roggen flau.

„olo 5, 15, pr. März 5, 4½, pr. Mai 5, 7½, pr. Juli 5, 9, pr. November 5, 10. Rüböl behauptet, lolo 12½, pr. Mai 12½, pr. Oktober 12½.

Breslau, 15. Februar, Nachmittags. Getreidemarkt. Spitznas pr. 100 Liter 100 pfT. pr. Februar 17½, pr. April-Mai 18½. Weizen

